

AMELIE TSCHEU

Publizistischer
Landesverrat in der
Weimarer Republik

*Beiträge zur Rechtsgeschichte
des 20. Jahrhunderts*

Mohr Siebeck

Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

herausgegeben von

Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert,
Christoph Schönberger und Jan Thiessen

129



Amelie Tscheu

Publizistischer Landesverrat in der Weimarer Republik

Die Reichsgerichtsurteile
gegen pazifistische Kritiker
der illegalen Rüstung

Mohr Siebeck

Amelie Tscheu, geboren 1988; Studium der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin; 2023 Promotion (Dr. jur.); Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften und der Literatur | Mainz, Hans-Kelsen-Forschungsstelle, Frankfurt am Main.

ISBN 978-3-16-163808-4 / eISBN 978-3-16-163809-1
DOI 10.1628/978-3-16-163809-1

ISSN 0934-0955 / eISSN 2569-3875 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2024. www.mohrsiebeck.com

© Amelie Tscheu

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International“ (CC BY-NC-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde von Laupp und Göbel aus der Minion in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Für Friedrich Jerrentrup (1928–2002)

Vorwort

Bedanken möchte ich mich zunächst vor allem bei meinem Doktorvater Prof. Dr. Bernd Kannowski für das Vertrauen, mich als fachfremde Promovendin aus den Geschichtswissenschaften aufzunehmen, und die damit einhergehende Unterstützung.

Bei Herrn Prof. Dr. Hans-Peter Haferkamp, Herrn Prof. em. Dr. Dr.h.c. Joachim Rückert, Herrn Prof. Dr. Christoph Schönberger und Herrn Prof. Dr. Jan Thiessen bedanke ich mich für die Aufnahme in die Reihe.

Darüber hinaus gilt mein Dank für zahlreiche inhaltliche Anregungen Dr. Mathias Hanten, dessen statistische Auswertungen eine wesentliche Voraussetzung der Dissertation darstellten.

Für eine Vielzahl von Korrekturläufen nach Fertigstellung der Dissertation danke ich Anna Bezold, Dr. Teresa Hauck, Ralf Kaumann (Oberstleutnant a. D.), Dr. Benedikt Klein, Navina Ternus, Marjam Trautmann sowie meinen Eltern.

Zuletzt gilt mein Dank meinem Mann Martin für etliche unermüdlich geführte Diskussionen, die die Dissertation schlussendlich jedoch alle inhaltlich vorangebracht haben, und unserer Tochter Madita, die stets für die nötigen Arbeitspausen gesorgt hat.

Mainz, im August 2024

Amelie Tscheu

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Der gescheiterte Wiederaufnahmeantrag Rosalinde Ossietzky-Palms	3
II. Forschungsüberblick	8
III. Methodik	14
IV. Fragestellung	15
V. Quellenlage	15
VI. Gliederung	17
A. Einführung in die Thematik des publizistischen Landesverrats in der Weimarer Republik	21
I. Der Weg von der Publikation zum Gerichtsprozess	21
II. Gerichtliche Zuständigkeit	23
III. Prozessbeteiligte	26
IV. Anzahl der Verfahren (Gumbel vs. Jorns)	33
V. Rechtliche Grundlagen der Verfahren	36
VI. Das Strafmaß bei der Verurteilung wegen publizistischen Landesverrats	46
VII. Politische Amnestien	48
B. Vom Kaiserreich zur Republik	49
I. Die völkerrechtlichen Auswirkungen auf das Weimarer Staatssystem	49
II. Die Entwicklung der strafrechtlichen Bestimmungen zum Landesverrat	59
C. Die Verfahren wegen publizistischen Landesverrats im Kontext der militärpolitischen Entwicklungen	73
I. Thematische Einordnung	73
II. Die Einbettung der Reichswehr in das republikanische Staatssystem und ihre Doppelrolle in den Landesverratsverfahren	74

III.	Die Militärpolitik der deutschen Regierungskabinette und die illegalen Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr	82
IV.	Die Stellung des Auswärtigen Amtes in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	110
V.	Die Reichswehr und die Parteien des deutschen Reichstags	119
VI.	Legislative Reformversuche der gesetzlichen Bestimmungen zum publizistischen Landesverrat	127
VII.	Die Militarisierung der Weimarer Gesellschaft und der deutsche Pazifismus	141
VIII.	Zusammenfassung	150
D.	Der publizistische Landesverrat als politische Straftat und das Verhältnis der Judikative zum republikanischen Staatssystem	155
I.	Thematische Einordnung	155
II.	Die soziale Herkunft der deutschen Justizbeamten	157
III.	Das Leipziger Reichsgericht in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	160
IV.	Der Austausch zwischen Reichsanwaltschaft und Reichsregierung	167
V.	Der innerjuristische Diskurs zu den Verfahren des publizistischen Landesverrats	172
VI.	Die Bedeutung der „Grundrechte und Grundpflichten“ in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	184
VII.	Der duale Staatsbegriff in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	189
VIII.	Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Republik und ihre Anwendung in der Rechtspraxis	200
IX.	Der Vertrauensverlust der Weimarer Justiz und die politischen Amnestien	222
X.	Zusammenfassung	230
E.	Der Fall Felix Fechenbach vor dem bayerischen Volksgericht 1922 und das Verfahren gegen Walter Oehme (Urteil vom 28.08.1923 – 7J69/23)	235
I.	Das Verfahren gegen Felix Fechenbach	235
II.	Das Verfahren gegen Walter Oehme vor dem Leipziger Reichsgericht (Urteil vom 28.08.1923 – 7J69/23)	254
III.	Zusammenfassung	264

F. Der <i>Ponton-Prozess</i> gegen Friedrich Küster und Berthold Jacob (Urteil vom 14.03.1928 – 7J63/25, RGSt 62,65)	269
I. Der Gegenstand des Verfahrens	269
II. Die Angeklagten	270
III. Der Artikel „Zeitfreiwilligengrab in der Weser“	271
IV. Der Artikel „Weitermachen...“	273
V. Die Urteilsbegründung und das Protokoll des Reichswehrministeriums	282
VI. Die Veröffentlichung der Urteilsbegründung	296
VII. Reaktionen auf das Urteil	297
VIII. Zusammenfassung	304
G. Der <i>Weltbühne-Prozess</i> gegen Carl von Ossietzky und Walter Kreiser (Urteil vom 23.11.1931 – 7J35/29)	309
I. Die Angeklagten	310
II. Der Gegenstand des Verfahrens	312
III. Der Ablauf des Verfahrens	313
IV. Die Gerichtsverhandlung	316
V. Die Urteilsbegründung	321
VI. Reaktionen auf das Urteil	326
VII. Die militärhistorischen Gutachten aus den 1990er-Jahre	331
VIII. Die Bedeutung des <i>Weltbühne-Prozesses</i> für die Analyse der Verfahren des publizistischen Landesverrats	332
IX. Zusammenfassung	337
Fazit	339
Bibliographie	355
Archivalische Quellen	355
Gedruckte Quellen	355
Literatur	360
Personenregister	373
Sachregister	377

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Der gescheiterte Wiederaufnahmeantrag Rosalinde Ossietzky-Palms	3
II. Forschungsüberblick	8
III. Methodik	14
IV. Fragestellung	15
V. Quellenlage	15
VI. Gliederung	17
A. Einführung in die Thematik des publizistischen Landesverrats in der Weimarer Republik	21
I. Der Weg von der Publikation zum Gerichtsprozess	21
II. Gerichtliche Zuständigkeit	23
III. Prozessbeteiligte	26
1. Angeklagte	27
2. Zeitungsorgane	28
3. Verteidigung	31
4. Vertreter des Reichsgerichts	32
5. Gutachter, Sachverständige und Zeugen	32
IV. Anzahl der Verfahren (Gumbel vs. Jorns)	33
V. Rechtliche Grundlagen der Verfahren	36
1. Paragraph 92 RStGB	38
2. Das Spionagegesetz 1914 (RGBl. 1914 S. 195)	39
3. Das <i>illegale Staatsgeheimnis</i> und der <i>relative</i> Geheimnisbegriff	41
4. Die Rechtsgüter vom <i>Wohl des deutschen Reiches</i> (§ 92 Abs. 1 Nr. 1 RStGB) und dem <i>Interesse der Landesverteidigung</i> (§ 1 SpioG 1914)	43
5. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages	43
6. Die Weimarer Reichsverfassung	44
VI. Das Strafmaß bei der Verurteilung wegen publizistischen Landesverrats	46
VII. Politische Amnestien	48

B. Vom Kaiserreich zur Republik	49
I. Die völkerrechtlichen Auswirkungen auf das Weimarer Staatssystem	49
1. Weltkrieg und Friedensschluss	49
2. Die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages	55
3. Der politische Systemwechsel	57
II. Die Entwicklung der strafrechtlichen Bestimmungen zum Landesverrat	59
1. Das Preußische Strafgesetzbuch von 1851	59
2. Das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes	63
3. Das Strafgesetzbuch des Deutschen Kaiserreichs	63
4. Das „Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse“ von 1893 (SpioG 1893)	64
5. Das „Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse“ von 1914 (SpioG 1914)	68
6. Die Reformbestrebungen zur Erneuerung des Strafgesetzbuches	70
 C. Die Verfahren wegen publizistischen Landesverrats im Kontext der militärpolitischen Entwicklungen	 73
I. Thematische Einordnung	73
II. Die Einbettung der Reichswehr in das republikanische Staatssystem und ihre Doppelrolle in den Landesverratsverfahren	74
III. Die Militärpolitik der deutschen Regierungskabinette und die illegalen Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr	82
IV. Die Stellung des Auswärtigen Amtes in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	110
V. Die Reichswehr und die Parteien des deutschen Reichstags	119
VI. Legislative Reformversuche der gesetzlichen Bestimmungen zum publizistischen Landesverrat	127
VII. Die Militarisierung der Weimarer Gesellschaft und der deutsche Pazifismus	141
VIII. Zusammenfassung	150
 D. Der publizistische Landesverrat als politische Straftat und das Verhältnis der Judikative zum republikanischen Staatssystem	 155
I. Thematische Einordnung	155
II. Die soziale Herkunft der deutschen Justizbeamten	157
III. Das Leipziger Reichsgericht in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	160
IV. Der Austausch zwischen Reichsanwaltschaft und Reichsregierung	167
V. Der innerjuristische Diskurs zu den Verfahren des publizistischen Landesverrats	172

VI.	Die Bedeutung der „Grundrechte und Grundpflichten“ in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	184
VII.	Der duale Staatsbegriff in den Verfahren des publizistischen Landesverrats	189
VIII.	Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Republik und ihre Anwendung in der Rechtspraxis	200
	1. Gesetzliche Notverordnungen zum Republikenschutz	202
	a) Die Notverordnung vom 29.08.1921	202
	b) Die Notverordnung vom 28.09.1921	204
	c) Die Notverordnung vom 26.06.1922	206
	d) Die Notverordnung vom 29.06.1922	207
	e) Der Weg zum ersten Republikenschutzgesetz	207
	2. Die inhaltliche Bestimmungen des Republikenschutzgesetzes	210
	a) Der Schutz der republikanischen Staatsordnung und deren Vertreter	211
	b) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik	213
	c) Das Verbot republikfeindlicher Vereinigungen	214
	d) Abschließende Bestimmungen	215
	3. Der Schutz der Republik in der Rechtsprechungspraxis	215
	4. Der politische <i>Überzeugungstäter</i>	221
IX.	Der Vertrauensverlust der Weimarer Justiz und die politischen Amnestien	222
	1. Die <i>Kapp-Amnestie</i> von 1920 (StraffreiheitsG 1920)	223
	2. Die <i>Hindenburg-Amnestie</i> von 1925 (StraffreiheitsG 1925)	224
	3. Die <i>Koch-Amnestie</i> von 1928 (StraffreiheitsG 1928)	226
	4. Die <i>Rheinlandräumungs-Amnestie</i> von 1930 (StraffreiheitsG 1930)	227
	5. Die <i>Schleicher-Amnestie</i> von 1932 (StraffreiheitsG 1932)	228
	6. Die politische Bedeutung der Amnestien	229
X.	Zusammenfassung	230
E.	Der Fall Felix Fechenbach vor dem bayerischen Volksgericht 1922 und das Verfahren gegen Walter Oehme (Urteil vom 28.08.1923 – 7J69/23)	235
I.	Das Verfahren gegen Felix Fechenbach	235
	1. Der Angeklagte Felix Fechenbach	236
	2. Erste Auseinandersetzungen mit Paul Nikolaus Coßmann	237
	3. Die Anklage wegen Landesverrats	239
	4. Der <i>Payot-Komplex</i>	240
	5. Der <i>Gargas-Komplex</i>	241
	6. Die Gerichtsverhandlung	243
	7. Revisionsversuche	245

II.	Das Verfahren gegen Walter Oehme vor dem Leipziger Reichsgericht (Urteil vom 28.08.1923 – 7J69/23)	254
1.	Der Angeklagte	255
2.	Der Gegenstand des Verfahrens	256
3.	Die Urteilsbegründung	258
4.	Reaktionen auf das Urteil	262
III.	Zusammenfassung	264
F.	Der <i>Ponton-Prozess</i> gegen Friedrich Küster und Berthold Jacob (Urteil vom 14.03.1928 – 7J63/25, RGSt 62,65)	269
I.	Der Gegenstand des Verfahrens	269
II.	Die Angeklagten	270
III.	Der Artikel „Zeitfreiwilligengrab in der Weser“	271
IV.	Der Artikel „Weitermachen...“	273
V.	Die Urteilsbegründung und das Protokoll des Reichswehrministeriums	282
VI.	Die Veröffentlichung der Urteilsbegründung	296
VII.	Reaktionen auf das Urteil	297
VIII.	Zusammenfassung	304
G.	Der <i>Weltbühne-Prozess</i> gegen Carl von Ossietzky und Walter Kreiser (Urteil vom 23.11.1931 – 7J35/29)	309
I.	Die Angeklagten	310
II.	Der Gegenstand des Verfahrens	312
III.	Der Ablauf des Verfahrens	313
IV.	Die Gerichtsverhandlung	316
V.	Die Urteilsbegründung	321
VI.	Reaktionen auf das Urteil	326
VII.	Die militärhistorischen Gutachten aus den 1990er-Jahre	331
VIII.	Die Bedeutung des <i>Weltbühne-Prozesses</i> für die Analyse der Verfahren des publizistischen Landesverrats	332
IX.	Zusammenfassung	337
	Fazit	339
	Bibliographie	355
	Archivalische Quellen	355
	Gedruckte Quellen	355
	Literatur	360
	Personenregister	373
	Sachregister	377

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abs.	Absatz
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdR	Akten der Reichskanzlei
BArch	Bundesarchiv
Bayerisches StraffreiheitsG	Bayerisches Gesetz über Straffreiheit vom 21. Dezember 1925 (P 135/7920).
Bayerisches Volksgerichtsgesetz	Gesetz über die Einführung von Volksgerichten bei inneren Unruhen vom 12. Juli 1919, GVBl. 1919 S. 365–370.
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, RGBl. 1933 I S. 175–177.
Bd.	Band
Beamtenengesetz	Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, RGBl. 1922 I S. 590.
Beitrittsvertrag zum Norddeutschen Bund	Vertrag, betreffend den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes, nebst Schlussprotokoll, RGBl. 1871 S. 9–26.
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896, RGBl. 1896 S. 195–603.
BGH	Bundesgerichtshof
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dena	Deutsche Nachrichtenagentur
Deta	Deuschetelegraphenagentur
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
DFK	Deutsches Friedenskartell
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DLfM	Deutsche Liga für Menschenrechte
DLfV	Deutsche Liga für Völkerbund
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRZ	Deutsche Richterzeitung (auch abgekürzt als DRiZ)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (auch abgekürzt als DRZ)
DVP	Deutsche Volkspartei

E	Entwurf
G. Wiederaufnahme bayerische Volksgerichte	Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte vom 4. Juli 1925, RGBl. 1925 I S. 95.
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GBMiR	Gesetz über die Bereitstellung von Mitteln zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, RGBl. 1922 I S. 596.
GE	Gegenentwurf
GEVG	Gesetz über die Einsetzung von Volksgerichten bei inneren Unruhen vom 12. Juli 1919, GVBl. 1919 S. 365.
GOR	Gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsregierung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877, RGBl. 1877 S. 4176, geändert am 22. März 1924, RGBl. 1924 I S. 299.
GvRG	Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919, RGBl. 1919 S. 169–171.
GvRM	Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine mit Ausführungsverordnung (AVGvRM) vom 16. April 1919, RGBl. 1919 S. 431–434, verlängert mit Gesetz vom 31. März 1920, RGBl. 1920 S. 850.
GvRW	Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr mit Ausführungsverordnung (AVGvRW) vom 6. März 1919, RGBl. 1919 S. 295–298, verlängert mit Gesetz vom 31. März 1920, RGBl. 1920 S. 850.
Hindenburg-Amnestie	Gesetz über die Straffreiheit vom 17. August 1925, RGBl. 1925 I S. 313.
Hrsg.	Herausgeber
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IMKK	Interalliierte Militär-Kontrollkommission
JbGMO	Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
Jungdo	Jungdeutscher Orden
Kapp-Amnestie	Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920, RGBl. 1920 S. 1487.
KE	Kommissionsentwurf
KG	Kammergericht
Koch-Amnestie	Gesetz über die Straffreiheit vom 14. Juli 1928, RGBl. 1928 I S. 195 f.
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Londoner Abkommen	Gesetz über die Londoner Konferenz vom 30. August 1924, RGBl. II 1924 S. 289.
MPA	Mitprüfungsausschuss
MSPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mehrheitspartei 1917–1922, in Abgrenzung zur USPD, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Nachlass
Notverordnung 29.08.1921	Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vom 29. August 1921, RGBl. 1921 S. 1239.

Notverordnung 28.09.1921	Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vom 28. September 1921, RGBl. 1921 S. 1279.
Notverordnung 26.06.1922	Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922, RGBl. 1922 I S. 521.
Notverordnung 29.06.1922	Verordnung zum Schutze der Republik vom 29. Juni 1922, RGBl. 1922 I S. 532.
NS-AufhG	Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege, BGBl. 1998 S. 2501.
OC	Organisation Consul
OHL	Oberste Heeresleitung
Orka	Organisation Kanzler
Orgesch	Organisation Escherich
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
Polizeigesetz	Reichskriminalpolizeigesetz vom 21. Juli 1922, RGBl. I 1922 S. 593.
Pr. StGB	Strafgesetzbuch für die preußischen Staaten vom 14. April 1851.
Rathenau-Amnestie	Gesetz über die Straffreiheit für politische Straftaten vom 21. Juli 1922, RGBl. I 1922 S. 595.
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rheinlandräumungs-Amnestie	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Straffreiheit vom 24. Oktober 1930, RGBl. 1930 I S. 467.
RPG	Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874, RGBl. 1874 S. 65.
RSG	Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922, RGBl. 1922 I S. 585, verlängert mit Gesetz vom 25. März 1930, RGBl. 1930 I S. 91.
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871, RGBl. 1871 S. 127–205.
RStPO	Strafprozessordnung vom 1. Februar 1877, RGBl. 1877 S. 253–346.
RuP	Recht und Politik
RV 1871	Gesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, RGBl. 1871 S. 63–85.
S.	Seite
Schleicher-Amnestie	Gesetz über Straffreiheit vom 20. Dezember 1932, RGBl. 1932 I S. 559.
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
1. SED-UnBerG	Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 29. Oktober 1992, BGBl. 1992 S. 1814.
SpioG 1893	Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893, RGBl. 1893 S. 205.
SpioG 1914	Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914, RGBl. 1914 S. 195.
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB Nd. B.	Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870, BGBl. des Norddeutschen Bundes 1870, S. 197–273.
StraffreiheitsG	Straffreiheitsgesetz

Transatlantic	Transatlantic News Transmission Agency
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdR	Verhandlungen des Reichstags
VE	Vorentwurf
Verratsnovelle	Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934, RGBl. 1934 I S. 341–348.
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vierte Notverordnung	Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, RGBl. 1931 I S. 699–743.
VO über die Aufhebung der Volksgerichte	Verordnung über die Aufhebung der Volksgerichte, GVBl. 1924 S. 128.
VV	Versailler Vertrag
WG	Wehrgesetz vom 23. März 1921, RGBl. 1921 S. 329–341, geändert durch Gesetz vom 18. Juni 1921 RGBl. 1921 S. 787.
WiPoSID	Wirtschaftlich-Politischer-Spezial-Informationsdienst
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, RGBl. 1919 S. 1383–1418.

Einleitung

Der Begriff des „militärischen Geheimnisverrats“ bzw. „Landesverrats“ ist in der öffentlichen Rezeption der vergangenen Jahre in Deutschland vornehmlich im globalen Kontext diskutiert worden. Im Zentrum standen hierbei vor allem jene Veröffentlichungen der Onlineplattform Wikileaks, die den USA die Verletzung völker- und menschenrechtlicher Prinzipien während ihrer Kriegseinsätze in Afghanistan und dem Irak zum Vorwurf machten. Zum Beleg dieser Thesen veröffentlichte Wikileaks 2010 geheime militärische Dokumente, die der Plattform von der Whistleblowerin Chelsea Manning zugespielt worden waren. Als Angehörige der US-Streitkräfte wurde diese daraufhin u. a. nach dem Uniform Code of Military Justice der Spionage und des Geheimnisverrats angeklagt. Edward Snowden, der neben Manning bekannteste Whistleblower von Wikileaks, der als externer Mitarbeiter der NSA-Geheimdokumente zur Überwachungspraxis der US-amerikanischen Geheimdienste an die Plattform weiterleitete, floh vor seiner Strafverfolgung wegen Spionage in das russische Exil. Sowohl Manning als auch Snowden nahmen auf Grund ihrer Anstellungsverhältnisse als Geheimnisträger der USA eine besondere Rolle ein.¹ Anders sah es mit den Betreibern der Plattform Wikileaks aus, die ihnen das Medium der Publikation boten. Von ihnen sind lediglich wenige namentlich bekannt, wie etwa Julian Assange, Mitbegründer der Plattform, der von der US-Regierung ebenfalls der Spionage beschuldigt wird. Sowohl die Anklage der Whistleblower Manning und Snowden als auch die Assanges als Herausgeber der Dokumente erfolgte nach US-amerikanischen Recht u. a. auf Basis des umstrittenen *Espionage Act* von 1917, dessen Anwendung außerhalb der USA bis heute kritisiert wird.²

Doch auch in der Bundesrepublik wurde die Preisgabe militärischer Geheimnisse durch journalistische Veröffentlichungen in der Vergangenheit als Landesverrat verfolgt³ wie etwa im Fall der Spiegelaffäre 1962, als die Journalisten Conrad Ahlers und

¹ Gleiches traf auch auf die Verurteilung des Geheimdienstmitarbeiters Werner Pätsch 1965 in der BRD zu, BGH, Beschluss vom 08.11.1965 – 8 StE 1/65. Vgl. u. a. *Brockhaus*, Geheimnisschutz, S. 69 f., S. 103–108, S. 387–390 und S. 399–402.

² Der genaue Ablauf der Ereignisse und die Strafverfahren gegen die Informanten und Betreiber der Plattform Wikileaks können an dieser Stelle nicht im Detail dargestellt werden.

³ Einen vergleichsweise aktuellen deutschen Fall stellt das Verfahren gegen die Verantwortlichen der Webseite netzpolitik.org aus dem Jahr 2015 dar, die ein geheimes Papier des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) zur Telekommunikationsüberwachung veröffentlicht hatte. Das von der Bundesstaatsanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den Chefredakteur Markus Beckedahl sowie gegen den Journalisten Andre Meister wurde unter dem Druck des Bundesjustiz-

Hans Schmelz öffentlich über den desolaten Zustand der Bundeswehr berichtet hatten.⁴ Auch wenn diese für ihre Veröffentlichungen letztlich nicht verurteilt werden sollten, gab das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) der nachträglichen Verfassungsbeschwerde des Spiegel-Verlags zur „Frage der Verfassungsmäßigkeit von Durchsuchungen in Presserräumen“ nicht nach.⁵ In seiner Begründung verwies das BVerfGE auf die grundsätzliche Gefahr des „publizistischen Landesverrats“ und griff damit auf eine Begriffsprägung der 1920er-Jahre zurück, während derer Journalisten sich für die Veröffentlichung von Nachrichten über illegale Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr verantworten mussten. Kritiker der Landesverratsverfahren, die diese retrospektiv in den 1990er-Jahre interpretierten, stellten so auch einen direkten Zusammenhang zwischen den Prozessen der Weimarer Jahre und der strafrechtlichen Verfolgung der Spiegelautoren heraus.⁶ Diese hatten jedoch den mangelhaften Rüstungsstand der Bundeswehr zur Abwehr eines sowjetischen Angriffes durch die NATO kritisiert und eben nicht den Bruch internationaler Verträge durch eine illegale Aufrüstung.

Die Veröffentlichungen der 20er-Jahre wären in diesem Sinne nach heutigem Recht nicht länger strafbar, legt doch Paragraph 93 Abs. 2 StGB fest, dass „Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder unter Geheimhaltung gegenüber den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland gegen zwischenstaatlich vereinbarte Rüstungsbeschränkungen verstoßen, [...] keine Staatsgeheimnisse“ sind.

Nach der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg verpflichteten die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages die neue deutsche Republik, deren Vertreter in Paris über die Niederlage des untergegangenen Kaiserreichs verhandelten, zu einer weitreichenden militärischen Abrüstung. Teil der Rüstungsbestimmungen waren hierbei u. a. die Reduzierung der deutschen Heeresgröße auf 100.000 Mann (Art. 160 VV), das Verbot einer deutschen Luftwaffe (Art. 198 VV) sowie die Auflösung jeder Form von paramilitärischen Wehrverbänden (Art. 177 VV).⁷

Doch trotz des von der deutschen Regierung unterzeichneten Friedensvertrages unterwanderte die Reichswehr diesen im Verborgenen – teils mit Wissen der Kabinette, teils ohne dieses – und nahm im Verlauf der Weimarer Republik zahlreiche illegale Rüstungsmaßnahmen in personeller wie materieller Hinsicht vor. Pazifistischen Journalisten, die öffentlich über die illegalen Rüstungen berichteten, drohte für ihre Publikationen nach § 92 Abs. 1 Nr. 1 RStGB und SpioG 1914 (RGBl. 1914

ministeriums (BMJV) jedoch eingestellt. Nachdem Generalbundesanwalt Harald Range öffentlich die politische Einflussnahme des Ministeriums kritisiert hatte, wurde er von Bundesjustizminister Heiko Maas in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Vgl. im Detail *Brockhaus*, Geheimnisschutz, S. 108–111.

⁴ Vgl. im Detail *Schoenbaum*, Affäre.

⁵ Teilurteil vom 05.08.1966, BVerfGE 20, 162.

⁶ So u. a. *Kühnert*, Schändliches Urteil, in: *Die Zeit* vom 29.09.1989 hinsichtlich des gescheiterten Wiederaufnahmeantrags Rosalinde Ossietzky-Palms vor dem BGH. Vgl. in diesem Kapitel S. 3–8.

⁷ Zu den einzelnen Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages vgl. im Detail Kapitel B.1.2.

S. 195) die Einleitung eines Verfahrens wegen publizistischen Landesverrats, das auf dem Vorwurf basierte, ihre Veröffentlichungen seien als militärischer Geheimnisverrat und Bedrohung des deutschen *Reichswohls* zu werten.⁸

Wie die Verfahren des allgemeinen Landesverrats wurden auch jene Verfahren wegen der öffentlichen Berichterstattung über Verletzungen der Versailler Vertragsbestimmungen vor dem deutschen Reichsgericht in Leipzig verhandelt.⁹ Ihre kategoriale Zuschreibung als Verfahren des „publizistischen“ Landesverrats, d.h. als Sonderform des Landesverratsstatbestands erfuhren sie jedoch erst retrospektiv seitens der wissenschaftliche Forschung, während sie im zeitgeschichtlichen Kontext in der Regel als „Landesverratsverfahren gegen Publizisten“ bzw. „Gegner der illegalen Rüstung“ betitelt wurden.¹⁰

I. Der gescheiterte Wiederaufnahmeantrag Rosalinde Ossietzky-Palms

In der modernen Rezeption der Prozesse des publizistischen Landesverrats der Weimarer Zeit sticht bis heute das 1931 wegen militärischen Geheimnisverrats gegen den späteren Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky gesprochene Urteil im sogenannten *Weltbühne-Prozess* hervor.¹¹ Dessen exponierte Stellung in der forschungsgeschichtlichen Bearbeitung der Landesverratsprozesse ist dabei teils auf Ossietzkys spätere Rolle als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, teils auf den zu Beginn der 1990er-Jahre gescheiterten Wiederaufnahmeantrag seiner Tochter Rosalinde Ossietzkys-Palms zurückzuführen, die diesen zunächst vor dem Berliner Kammergericht, später vor dem Bundesgerichtshofs (BGH) vorgebracht hatte.

Mit einer Wiederaufnahme des *Weltbühne-Prozesses* erhoffte sich Ossietzky-Palm den nachträglichen Freispruch ihres verstorbenen Vaters bzw. dessen juristische Rehabilitierung (§ 371 StPO). Zeitlich fiel ihr Antrag zu Beginn der 1990er-Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR und der deutschen Wiedervereinigung in eine Phase, die von der gesamtgesellschaftlichen Hoffnung auf eine juristischen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit bestimmt war.¹² Diese Hoffnung betraf nicht nur die

⁸ Zu § 92 RStGB und SpioG 1914 vgl. Kapitel A.V.

⁹ Einzelne Verfahren wurden zudem vor Oberlandesgerichten bzw. bayerischen Volksgerichten verhandelt. Zur gerichtlichen Zuständigkeit in den Verfahren des publizistischen Landesverrats vgl. Kapitel A.II.

¹⁰ Eine Ausnahme bildet ein Artikel Emil Gumbels, der bereits im Jahr 1926 den Begriff des „publizistischen“ Landesverrats einführte. Vgl. *Gumbel*, Die Justiz 2 H. 1 (1926/1927), 75.

¹¹ Vgl. Kapitel G.

¹² Dies betraf nicht nur den Umgang mit den allgemeinen Unrechtstaten der politischen Systeme von DDR und Dritten Reichen, sondern auch im Spezifischen den Umgang mit SED- und NS-Unrechtsurteilen (1. SED-UnBerG und NS-AufhG). Vgl. Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 29. Oktober 1992 (BGBl. 1992 I S. 1814) und das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (BGBl. 1998 I S. 2501).

deutsch-deutsche Vergangenheit, sondern ebenso die Jahre des NS-Regimes und den juristischen Umgang mit diesem nach 1945.

Um die Unrechtmäßigkeit des 1931 gegen ihren Vater gesprochene Urteils zu belegen, brachten Ossietzky-Palm und deren Unterstützer in ihrem Antrag auf Wiederaufnahme Gutachten historischer Sachverständiger vor,¹³ die als „neue Beweismittel“ nach § 359 Abs. 5 StPO die Unrechtmäßigkeit des Reichsgerichtsurteils belegen sollten. Gleichzeitig zweifelte Ossietzky-Palm die Objektivität der 1931 vor dem Reichsgericht in Leipzig gehörten Sachverständigen an (§ 359 Abs. 2 StPO). Nach der Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags durch das Berliner Kammergericht am 11. Juli 1991¹⁴ legte Ossietzky-Palm vor dem BGH in Karlsruhe Beschwerde ein und ergänzte ihre Kritik am Reichsgerichtsurteil mit Verweis auf § 359 Nr. 3 StPO um den Vorwurf, das Reichsgericht habe mit der Verurteilung ihres Vaters „Rechtsbeugung“, d. h. vorsätzlich falsche Rechtsanwendung verübt. Unter Missachtung des Versailler Vertrages habe sich das Reichsgericht damit des „Verfassungsbruchs“ schuldig gemacht.

Am 3. Dezember 1992 verwarf jedoch auch der Bundesgerichtshof in Karlsruhe den Antrag auf Wiederaufnahme bzw. lehnte die Beschwerde Ossietzky-Palms gegen den Beschluss des Berliner Kammergerichts ab,¹⁵ u. a. da die Heranziehung von § 359 Nr. 3 StPO, so die Begründung, als neuer Argumentationspunkt auf den Weg der Beschwerde nicht zulässig sei. Zudem stimmte der BGH mit dem Berliner Kammergericht darin überein, dass die retrospektiv verfassten Gutachten der Historiker nach § 359 Abs. 5 StPO nicht als „neue Beweismittel“ zu werten seien.¹⁶ § 359 Abs. 2 StPO war von Ossietzky-Palm vor dem BGH nicht mehr als Argumentationsgrundlage vorgebracht worden.¹⁷

¹³ Vor dem Berliner Kammergericht brachte Ossietzky-Palm zunächst ein Gutachten des Militärhistorikers Wolfgang Gessenharter (18.01.1990) vor. Dieses wurde später um ein Gutachten des Militärhistorikers Manfred Messerschmidt ergänzt. Das genaue Verfassungsdatum Messerschmidts Gutachten ist in den Akten nicht genannt, jedoch muss dessen Einreichung im geringen zeitlichen Abstand zur Urteilsverkündung durch das Berliner Kammergericht erfolgt sein. Beide Gutachten sind im Berliner Landesarchiv zugänglich. Vgl. Akten zum Wiederaufnahmeantrag Rosalinde Ossietzky-Palm, Landesarchiv Berlin B Rep. 057 Nr. 274.

¹⁴ KG, Urteil vom 11.07.1991 – 1 AR 356/90.

¹⁵ BGH, Beschluss vom 03.12.1992 – StB 6/92. Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Beschluss des BGH einschließlich möglicher Gegenargumentationen vgl. *Hanten*, Landesverrat, S. 178–191. Zu den juristischen Grundlagen des BGH-Beschlusses vgl. außerdem *Klug*, Überlegungen; *Gössel*, NStZ 12 (1993), 565; *Joerden*, JZ 49 (1994), 582; *Brauns*, JZ 50 (1995), 492.

¹⁶ Gessenharter und Messerschmidt hatten u. a. argumentiert, dass die Alliierten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits in Kenntnis über die illegalen Rüstungen der Reichswehr gestanden hätten. Hinsichtlich dieser Argumentation brachte der BGH jedoch vor, dass keines der Gutachten eindeutig belegen könne, dass die einzelnen Inhalte des *Weltbühne*-Artikels bzw. die in ihm geschilderten Rüstungsmaßnahmen im Detail im Ausland zuvor bekannt gewesen seien. Zudem kritisierte der BGH, dass die Gutachten auf Basis von Sekundär-, nicht auf Basis von Primärquellen argumentierten. Vgl. im Detail BGH, Beschluss vom 03.12.1992 – StB 6/92.

¹⁷ Zuvor hatte das Berliner Kammergericht erläutert, dass den Sachverständigen nicht eindeutig eine bewusste Täuschung des Reichsgerichts nachgewiesen werden könne. Vgl. im Detail KG, Urteil vom 11.07.1991 – 1 AR 356/90.

Der gescheiterte Wiederaufnahmeantrag Ossietzky-Palms zu Beginn der 1990er-Jahre ist nicht unmittelbarer Gegenstand der vorliegenden Darstellung. Aufschlussreich ist hinsichtlich der forschungsgeschichtlichen Bewertung der Landesverratsprozesse der Weimarer Jahre jedoch der Umstand, dass der BGH in der Begründung seines Beschlusses trotz der rein strafprozessualen Hürde, § 359 Nr. 3 StPO auf dem Weg der Beschwerde vorzubringen, offenkundig die Notwendigkeit sah, im Detail auf die dem Reichsgericht vorgeworfene „Rechtsbeugung“ als bewusst falsche „Rechtsanwendung“ der urteilenden Richter einzugehen. In seiner dahingehenden Argumentation ging der BGH insbesondere auf den Begriff der „Rechtsauffassung“ in der Urteilspraxis des Reichsgerichts ein. Die öffentliche Reaktion, die dem Beschluss des BGH folgen sollte, verweist in dieser Hinsicht auch auf eine grundlegende Herausforderung in der wissenschaftlichen Bewertung des publizistischen Landesverrats. Vermutlich bereits in dem Bewusstsein, dass die Ablehnung des Antrags Ossietzky-Palms auf öffentliche Kritik stoßen würde, leitete der BGH seinen Beschluss 1992 folgendermaßen ein:

„Der Senat hat nur über die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens gemäß §§ 359 ff. StPO zu entscheiden. Die Möglichkeit einer Entscheidung nach einem Gesetz zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts [...] oder aufgrund eines strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes¹⁸ besteht nicht.“

So sei „fehlerhafte Rechtsanwendung [wie im Fall des Weltbühne-Urteils] für sich allein [...] kein Wiederaufnahmegrund nach der Strafprozessordnung“ und „mit Ausnahme des Falles der Mitwirkung eines unredlichen Richters (§ 359 Nr. 3 StPO) [könne] die auf falscher Rechtsauffassung beruhende, noch so falsche Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren nur bei Unrichtigkeit des der fehlerhaften Entscheidung zugrundeliegenden Sachverhalts beseitigt werden.“ Insofern hätte das Reichsgericht nach moderner Rechtsauffassung mit seinem Urteil im Sinne eines „Rechtsanwendungsfehlers“ einen Verfassungsbruch begangen. Dieser „Rechtsanwendungsfehler“ sei aber seitens der Richter nicht bewusst erfolgt, da ihr Urteil nicht nur die „Rechtsauffassung“ der Weimarer Judikative, sondern auch der breiten Öffentlichkeit widergespiegelt habe. „Dem Senat [sei] daher in dem Wiederaufnahmeverfahren die Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts und insbesondere dessen 4. Strafsenats zum ‚publizistischen Landesverrat‘ durch Veröffentlichung von Verfassungsverstößen verwehrt.“ „Rechtsanwendungsfehler“ stellten nach § 359 StPO keinen Grund zur Wiederaufnahme dar. Schließlich sei „allein eine Veränderung der rechtlichen Bewertung des Sachverhalts durch Wegfall oder Änderung des angewendeten Gesetzes oder durch einen Wandel der Rechtsprechung [...] keine neue Tatsache im Sinne des § 359 Nr. 5 [StPO...]“.¹⁹ Auch gehe „der Hinweis auf die weitere geschichtliche Entwicklung [...] in einem Wiederaufnahmeverfahren fehl.

¹⁸ Bezugspunkt war das erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 29. Oktober 1992 zur Aufarbeitung von DDR-Unrechtsurteilen (BGBl. 1992 I S. 1814).

¹⁹ BGH, Beschluss vom 03.12.1992 – StB 6/92.

Im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung [...] [müsse] das Wiederaufnahmegericht die Geeignetheit des Wiederaufnahmevorbringens unter Zugrundelegung des Standpunktes und nach der Rechtsauffassung des Gerichts beurteilen, das den Angeklagten verurteilt [...] [habe].“ In diesem Zusammenhang ging der BGH insbesondere auf den in der Bewertung der Verfahren des publizistischen Landesverrats zentralen Begriff des *Reichswohls*²⁰ ein und erläuterte: „Nach dieser Auffassung war das Interesse an der militärischen Schlagkraft des Reiches im Jahre 1929 [...] Bestandteil des Staatswohles.“²¹

Der BGH veröffentlichte zusätzlich zu seinem am 3. Dezember 1992 gefällten Beschluss eine offizielle Pressemitteilung am 21. desselben Monats und erläuterte in dieser seine Entscheidung erneut:

„Der Bundesgerichtshof hat ausgeführt, dass er nur nach den strafprozessualen Vorschriften über die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens zu entscheiden hat, nicht nach einem Gesetz zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts oder aufgrund eines strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes. Auch über die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum ‚publizistischen Landesverrat‘ durch Veröffentlichung von Verfassungsverstößen hat er nicht zu befinden. Denn nach dem für das Wiederaufnahmeverfahren geltenden Recht ist weder fehlerhafte Rechtsanwendung noch eine Veränderung der rechtlichen Bewertung des Sachverhaltes durch Wegfall oder Änderung der angewendeten Gesetze oder durch Wandel der Rechtsprechung für sich allein ein Wiederaufnahmegrund.“²²

Durch die Pressemitteilung des BGH klang mit dem Verweis auf die legislativ gesetzten Grenzen der Wiederaufnahme, d. h. dem Fehlen eines Sondergesetzes zur strafrechtlichen Rehabilitierung bei vergangenen Unrechtsurteilen (wie das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 29. Oktober 1992) damit auch eine subtile Rechtfertigung des eigenen Beschlusses.

Auf die Entscheidung des BGH folgte wie vorhergesehen eine breite gesellschaftliche Kritik. In einer öffentlichen Stellungnahme reagierte Ossietzky-Palm auf die Entscheidung des BGH, sowie die ausgebliebene Rehabilitierung ihres Vaters und kündigte weiterführende Schritte an, um gegen den Karlsruher Beschluss vorzugehen. Denn dessen Aufhebung sei, so Ossietzky-Palm, notwendig, um für die Zukunft zu vermeiden, dass „jeder wissbegierige Mitmensch, der [...] in einem Lexikon nachschlage [...], wer Carl von Ossietzky war und was er getan hat, als er unter den Lebenden war, [...] auf seine rechtsgültige Verurteilung wegen Landesverrats stoße[], ausgesprochen im Jahre 1931 durch Richter jenes demokratischen Gemeinwesens, das man vielleicht auch noch dann die ‚Weimarer Republik‘ nennen“ werde. Während die politischen Motive der damaligen Justiz offenkundig gewesen seien, sei es nun aber „gegen alle Vermutungen [...] zu demselben Urteilsbeschluss“ gekommen, „ein Beweis der in diesem Fall noch heute wirksamen politischen Justiz. Aber „solange

²⁰ Vgl. u. a. Kapitel A.V.4.

²¹ BGH, Beschluss vom 03.12.1992 – StB 6/92.

²² BGH Mitteilung der Pressestelle zum Beschluss vom 03.12.1992 – StB 6/92, vom 21.12.1992, S. 1 f.

dieses [Weltbühne-]Urteil existier[e], [...] [sei] eine politisierte Rechtsanwendung gegen [die demokratischen] Ideale“ Ossietzkys „immer noch möglich, und niemand [könne] vor einem politischen Urteil sicher sein.“ Die Begründung des BGH wertete Ossietzky-Palm kritisch:

„Formalistisch verlangte man weitere Fakten. Menschliches und geschichtliches Verstehen waren hierbei ganz ausgeschlossen. [...] Die persönliche Stellungnahme blieb aus, die einseitige Beurteilung war das Fazit. Die Richter diskriminierten durch ihre Rechtsprechung die friedliebende und demokratisch denkende und fühlende Bevölkerung in ihrem Land.“²³

Ein enger Unterstützer Ossietzky-Palms, der Jurist Ingo Müller,²⁴ schloss in einer Stellungnahme zum Beschluss des BGH mit der rhetorisch formulierten Frage an: „Wer definiert denn die angeblich heute noch zugrundeliegende damalige ‚Rechtsauffassung‘? Demokraten und republikanische Juristen oder die Sympathisanten der Nazi-Bewegung?“²⁵ Für das Bundesgericht seien, so Müller, offensichtlich nur letztere von Bedeutung.

Schließlich habe, so der Jurist Heinrich Hannover, ein weiterer Unterstützer Ossietzky-Palms, für die Karlsruher Bundesrichter „[...] das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg mit seinen 50 Millionen Toten nicht stattgefunden.“ Denn ganz im Gegenteil hätten die Bundesrichter „sich an Grundsätze, die ohne kritisches Geschichtsbewusstsein“ auskämen „und den Freispruch ihrer mit Adolf Hitler sympathisierenden Richterkollegen aus der Weimarer Republik garantier[t]en“,²⁷ orientiert. Hinsichtlich der Karlsruher Begründung, dass eine vergangene von der modernen juristischen Sicht abweichende „Rechtsauffassung“ retrospektiv auch unter moralischer Verurteilung des damaligen politischen Systems nicht automatisch als „Rechtsbeugung“ zu verstehen sei, merkte Hannover an:

„Wie weit soll die Einfühlung in Rechtsauffassung und politische Weltanschauung einer vergangenen Zeit gehen? Soll [...] [dieser Grundsatz] etwa auch für Freislers Terrorurteile gegen antifaschistische Widerstandskämpfer gelten? Soll er auch gelten, wenn deutsche Nazi-Richter jüdische Menschen wegen Rassenschande verurteilt haben?“²⁸

Schließlich beendete Hannover seinen Bericht mit der Feststellung:

„Der bundesdeutschen Justiz sollte [mit dem Wiederaufnahmeverfahren] Gelegenheit gegeben werden, sich von dem schändlichen Urteil ihrer Reichsgerichtskollegen aus der Zeit des

²³ Alle Zitate: Pressedienst der Universität Oldenburg vom 23.04.1993. Auszüge aus der Stellungnahme wurden im selben Wortlaut auch in der „Frankfurter Rundschau“ abgedruckt: *Ossietzky-Palm*, Urteil.

²⁴ Bekannt ist Müllers Publikation zu den Verbrechen der deutschen Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus. Vgl. Müller, Juristen.

²⁵ Gemeint ist der ehemalige Reichsanwalt Karl Schneidewin, den der BGH in seinem Beschluss als Literaturquelle zum Beleg dafür zitierte, dass nach gängiger juristischer Auffassung zum Zeitpunkt des Ossietzky-Verfahrens 1931 das *Reichswohl* und die gültige Rechtsordnung einander entgegenstehen konnten. Vgl. *Schneidewin*, Gesetz.

²⁶ *Heiliger*, KJ 26/2 (1993), 194, S. 198.

²⁷ *Hannover*, Republik, S. 404f.

²⁸ *Ebd.*, S. 405.

aufkommenden Hitler-Faschismus zu distanzieren und damit gewissermaßen ein Stück Rehabilitation in eigener Sache vorzunehmen. Es ist ein weiteres Stück Justizschande daraus geworden.“²⁹

In ähnlichen Worten hatte auch die Ossietzky-Biographin Elke Suhr, die in engem Kontakt mit den juristischen Vertretern Ossietzky-Palms stand, die moderne Bedeutung des gescheiterten Wiederaufnahmeantrags in der Universitätszeitung der *Carl von Ossietzky Universität Oldenburg* beschrieben. Die „Richter der zweiten deutschen Republik [seien derart] findig [gewesen], wenn es darum ging den ‚furchtbaren‘ Juristen der NS-Zeit Verfolgung und Strafe zu ersparen und so das Unrecht nachträglich zu legitimieren“, dass sich nun die Frage stelle, warum „es keinen Rechtsweg gebe[]“, die Würde eines Mannes wiederherzustellen, der 1936 den Friedensnobelpreis für seinen beharrlichen publizistischen Kampf gegen die Zerstörung der Weimarer Republik und für seine Leiden im KZ bekam? Eines der höchsten Gerichte dieser Republik [...] [sei nun] mit seiner jüngsten Entscheidung“, d. h. der Ablehnung des Antrags auf Wiederaufnahme des *Weltbühne-Prozesses*, „in eine alte Rolle geschlüpft, die schon abgelegt schien: in die der auf einem Auge blinden Justitia.“³⁰

II. Forschungsüberblick

Die radikale öffentliche Reaktion auf die gescheiterte Wiederaufnahme des *Weltbühne-Prozesses* bzw. auf den Beschluss des BGH zeigt eindrücklich eine bis heute bestehende Problematik in der wissenschaftlichen Bewertung der Verfahren des publizistischen Landesverrats der Weimarer Jahre auf. Inwieweit zu Beginn der 1990er-Jahre rechtlich eine Alternative zum Beschluss des BGH bestanden hätte, ist, wie zuvor erwähnt, nicht Teil der vorliegenden Darstellung.³¹ Eindrücklich in Bezug auf die Bewertung des publizistischen Landesverrats ist jedoch die Bedeutung, die der *Rechtsauffassung* des Reichsgerichts sowohl seitens des BGH als auch seitens der Unterstützer Ossietzky-Palms zugemessen wurde. Denn im Gegensatz zum BGH verstanden sie die *Rechtsauffassung* des Reichsgerichts als bewusst vorgenommenen *Rechtsbeugung*, die nicht nur Beweis für eine *auf dem rechten Auge blinde* und antirepublikanische Weimarer Justiz gewesen sei, sondern vielmehr direkter Wegbereiter der nationalsozialistischen Rechtsprechungspraxis. Gleichzeitig verwiesen die Unterstützer Ossietzky-Palms auf Ossietzkys Rolle als Friedensnobelpreisträger, als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und die ausgebliebene Aufarbeitung der NS-Unrechtsurteile nach 1945 in der deutschen Bundesrepublik.

Auch im Gros der wissenschaftlichen Forschungsliteratur ist das Verfahren gegen Ossietzky und dessen Redakteur Walter Kreiser bis heute der zentrale Ausgangs-

²⁹ Ebd., S. 395.

³⁰ Suhr, Noch immer.

³¹ Vgl. hierzu u. a. Hanten, Landesverrat, S. 178–191.

punkt für die Bewertung der Prozesse des publizistischen Landesverrats. So erfolgte fast durchgängig ausgehend von der Verurteilung Ossietzkys und Kreislers 1931 als „Kulminationspunkt“ der Landesverratsrechtsprechung³² eine rückwirkende Bewertung der Prozesse des publizistischen Landesverrats von deren Endpunkt her. Eine derartige methodische Herangehensweise kann jedoch zwangsläufig weder Rücksicht auf die Ursprünge der Landesverratsrechtsprechung noch deren verschiedenen Entwicklungslinien im Zusammenspiel mit der wechselvollen deutschen Innen- wie Außenpolitik der Weimarer Zeit nehmen. So liegt bis heute keine Monographie vor, die einerseits die Prozesse des publizistischen Landesverrats auf Basis der Urteilsbegründungen des Reichsgerichts in deren Wortlaut analysiert und sie andererseits detailliert in den historischen Kontext ihrer Zeit einbettet unter Berücksichtigung der politischen Einflussnahme der Weimarer Regierungen.³³

Die aktuellste monographische Gesamtdarstellung, die aus rechtswissenschaftlicher Perspektive die einzelnen Verfahren des publizistischen Landesverrats vor dem Leipziger Reichsgericht sowie dessen Urteilstexte untersucht, stellt die Dissertation Mathias Hantens aus dem Jahr 1999 dar.³⁴ Aufgrund des Anspruchs auf eine vollständige Behandlung aller vom Reichsgericht gesprochener Urteile kann Hanten jedoch nur in Fußnoten auf die zentralen historischen Entwicklungen im Hintergrund der Verfahren verweisen – ein Umstand, der infolge der Schwerpunktsetzung der Publikation durchaus nachvollziehbar ist, jedoch zahlreiche politische Akteure außer Acht lässt. Neben Hanten behandelte Dieter Windisch die maßgeblichen Verfahren des publizistischen Landesverrats in seiner Dissertation „Die Strafverfolgung von Kritikern der illegalen Rüstung in der Weimarer Republik“ bereits im Jahr 1973.³⁵ Windischs rechtswissenschaftliche Bearbeitung des Gegenstands ist jedoch nicht nur in ihrem Umfang äußerst knappgehalten, sondern zeigt ebenso deutlich dessen Tendenz, die politische Einbettung der Verfahren weitgehend außer Acht zu lassen. Abseits beider Monographien werden die Verfahren des publizistischen Landesverrats vornehmlich in rechtswissenschaftlichen Publikationen verhandelt, die diese im Kontext der Bedeutung politischer Straftaten in der Weimarer Zeit im Allgemeinen bearbeiten, sowie im Zusammenhang mit zeitgenössischen staatlichen Mechanismen des Verfassungsschutzes und der ihnen zugrundeliegenden Staatskonzeptionen. Hier sind insbesondere die zahlreichen Publikationen Christoph Gusy hervorzuheben, der auch auf die juristische Kommentarliteratur der Weimarer Republik zur Auslegungspraxis des Reichsgerichts verweist,³⁶ sowie die Publikation Friedrich-Christian Schroeders, der die Rechtsprechungspraxis des Reichsge-

³² Ebd., S. 158.

³³ Verweis u. a. bei *Bergien*, Republik, S. 155 (Anm. 193); *Geyer*, Professionals, S. 82 (Anm. 15); *Hürter*, Groener, S. 300 (Anm. 440).

³⁴ Vgl. *Hanten*, Landesverrat.

³⁵ Vgl. *Windisch*, Strafverfolgung.

³⁶ Vgl. *Gusy*, Weimar; *Gusy*, GA (1992), 195.

richts in Beziehung zur akademischen Staatsrechtslehre setzt.³⁷ Einen Überblick über die rechtlichen Vorbedingungen der Rolle der Reichswehr in den Verfahren des publizistischen Landesverrats bieten Patrick Heinemann und Andreas Dietz.³⁸

Die erst kürzlich erschienene Dissertation Robert Brockhaus' behandelt die gesetzlichen Bestimmungen zum publizistischen Landesverrat in der Weimarer Republik und die verschiedenen Initiativen zu deren Reform aus strafrechtlicher Perspektive als Teilaspekt in der Analyse des modernen „Whistleblowings.“ So zeigt Brockhaus Alternativen zu den damals gültigen Landesverratsbestimmungen auf und bewertet diese vornehmlich in Gegenüberstellung zur aktuellen Gesetzgebung und gegenwärtigen Fällen des staatlichen Geheimnisschutzes. Auf eine detaillierte Einbettung der Weimarer Verfahren in ihren jeweiligen historischen Kontext muss Brockhaus aus diesem Grund verzichten.³⁹

Aus allgemein geschichtswissenschaftlicher Perspektive liegt bisher keinerlei monographische Bearbeitung der Prozesse des publizistischen Landesverrats im Verlauf der Weimarer Republik vor. So treten diese in Gesamtdarstellungen der Weimarer Geschichte lediglich als Randnotiz bzw. als Anmerkung in Fußnoten in Erscheinung.⁴⁰ Gleiches gilt für ihre Erwähnung in wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur deutschen Militär- und Rüstungspolitik bzw. den illegalen Rüstungsmaßnahmen der Reichswehr.⁴¹ Eine Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang lediglich die Monographie Rüdiger Bergiens, die u. a. explizit auf das Streben der Reichswehrrführung nach einer Verschärfung der Landesverratsbestimmungen verweist.⁴² Andere Publikationen wie die Klaus Petersens beschäftigen sich zwar detailliert mit dem Verhältnis zwischen „Literatur und Justiz“ im Rahmen der Zensur- und Pressegeschichte der Weimarer Republik, gehen allerdings nur am Rande auf den Straftatbestand des Landesverrats ein.⁴³ Einzelne Verfahren des publizistischen Landesverrats – insbesondere der erwähnte *Weltbühne*-Prozess – werden jedoch in zahlreichen Veröffentlichungen meist verbunden mit der Person Ossietzkys und der politischen Ausrichtung der *Weltbühne* diskutiert.⁴⁴

Aus den Urteilsbegründungen des Reichsgerichts werden in den meisten Überblicksdarstellungen und Aufsätzen, wenn überhaupt, nur einzelne Passagen zitiert, die in der Regel die Subjektivität des Reichsgerichts und dessen politische Voreingenommenheit skizzieren sollen. Insbesondere die Publikationen der historischen

³⁷ Vgl. Schroeder, Schutz.

³⁸ Vgl. Heinemann, Rechtsgeschichte und Dietz, Primat.

³⁹ Vgl. Brockhaus, Geheimnisschutz. Da die Publikation Brockhaus' nach der Fertigstellung der vorliegenden Darstellung erschienen ist, verweisen nachträglich gesetzte Anmerkungen auf ihre zentralen Inhalte.

⁴⁰ Vgl. u. a. Büttner, Weimar, S. 303; Winkler, Weimar, S. 434.

⁴¹ Vgl. u. a. Hürter, Groener, S. 300; Eitz, Verteidigung, S. 158 f.

⁴² Vgl. Bergien, Republik.

⁴³ Vgl. u. a. Petersen, Literatur; Petersen, Zensur.

⁴⁴ Vgl. u. a. Deak, Weimar; Lang, Staat; Greis/Oswald (Hrsg.), Teutschland; Madrasch-Groschopp, Weltbühne; Suhr, Wege.

Personenregister

Fußnoten wurden im Personen- und Sachregister nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.

- Ahlers, Conrad 1
Alexander, Eduard 130
Alsberg, Max 32, 317–319
Anschütz, Gerhard 191
Apfel, Alfred 32, 317–319
Assange, Julian 1
- Bärsch, Claus Ekkehard 192
Bauer, [o. V.] 316
Bauer, Gustav 21, 84
Baumgarten, Alexander 24, 166, 219, 282, 316, 319, 336 f., 351, 353
Beckedahl, Markus 1
Bell, Johannes 54, 130, 252, 268
Bergien, Rüdiger 10, 13 f., 142 f., 145–147, 149, 153
Bernhard, Georg 262 f.
Blomberg, Werner von 77
Bracher, Karl Dietrich 12
Braun, Otto 257
Bredt, Johann Viktor 138
Breitscheid, Rudolf 278
Breuer, Robert 262 f.
Brockhaus, Robert 10
Brüning, Heinrich 140, 317
- Coßmann, Paul Nikolaus 237–239
Cuno, Wilhelm 91, 93, 104, 257
- D’Abernon, Edgar Vincent 112
Delbrück, Hans 238
Dietz, Andreas 10
Dirksen, Herbert von 116
Dittmann, Wilhelm 251 f.
Dohna, Alexander Graf zu 187, 246
Drechsler, Karl August 316
Dreier, Horst 191, 194
- Driesch, Hans 145, 282, 292 f., 296
Driver, Arnold 316
- Ebermayer, Ludwig 72, 111, **162–164**, 167 f., 171 f., 176, 216, 232, **247–250**, 254 f., 259, 264 f., 272, 275 f., 291, 300, 303, 305 f., 330, 334, 344 f., 347–350
Ebert, Friedrich 74–76, 82–84, 87, 100, 163, 215, 220, 273
Ehlermann, Gustav 130
Einstein, Albert 327
Eisner, Kurt 236–238, 247
Emminger, Erich 26, 34, 122, 130
Ersing, Joseph 30, 109, 125 f., 144
Erzberger, Matthias 51, 202 f., 206 f., 212, 227, 240 f., 245
- Falck, Carl 182
Fechenbach, Felix 18, 34, 162, 179, 217, **235–256**, 258 f., 262–264, 268
Fercke, [o. V.] 258
Feuchtwanger, Lion 29
Fischer, Eugen 238
Foerster, Friedrich 28, 30, 79 f., 113, 115, 138, 144
Foerster, Georg 113 f.
Freiesleben, Hans 183 f.
Friedrich, Manfred 191
- Gargas, Sigismund 242–244, 247, 253
Gempp, Friedrich 33, 80 f., 171
Gessenharter, Wolfgang 314, 331 f.
Gefßler, Otto 77, 86 f., 89 f., 93 f., 97–104, 106, 119 f., 123–125, 132–134, 145, 171, 257 f., 261, 264, 271–274, 277–280, 284, 288 f., 291, 295, 297, 305, 347
Geyer, Michael 89, 142

- Groener, Wilhelm 74f., 77, 82f., 94,
104–108, 127, 133f., 137–141, 149, 295f.,
317, 326, 330f., 352
- Grossmann, Kurt 144
- Gumbel, Emil Julius 27, 33–35, 79, 144,
175–178
- Gündel, Johannes 258
- Gürtner, Franz 139, 251, 320
- Gusy, Christoph 9, 195, 210, 222, 225, 227,
229f.
- Haas, Ludwig 126
- Haase, Hugo 144
- Hammerstein-Equord, Kurt von 77
- Hannover, Heinrich 7, 11, 34
- Hannover-Drück, Elisabeth 11, 34
- Hanten, Mathias 9, 15, 34f., 42, 45, 185, 255,
347
- Hass, [o. V.] 239f., **243–248**, 251, 253, 267
- Hattenhauer, Hans 12
- Heckert, Fritz 121
- Heinemann, Patrick 10
- Heller, Hermann 190
- Hertel, [o. V.] 316
- Heye, Wilhelm 77, 100, 102–104, 116, 151
- Himer, Kurt 33, 316, 321, 332, 335
- Hindenburg, Paul von 74, 76, 82, 100, 106f.,
137, 220, 224–226, 276, 320
- Hiller, Kurt 36f.
- Hirschberg, Max 236f., 240f., 244–246, 253f.
- Hitler, Adolf 7f., 25, 92, 217, 219, 224, 251,
253, 316, 351
- Hüfner, Karl Ambrosius 166, 282
- Hummel, Hermann 124
- Jacob, Berthold 18, 27, 29f., 102, 124, 133,
136, 165f., 180, 266, **269–307**, 314, 316,
324, 326, 329, 333f., 340, 343, 349f., 353
- Jäger, Heinz 310, 312
- Jasper, Gotthard 12, 155f., 159
- Jellinek, Walter 157, 193, 342
- Jestaedt, Matthias 191
- Joel, Curt 72, 160, 164
- Jorns, Paul 33–36, 138, 153, 165f., 176,
181–183, 232, 276, 282, 292f., 295,
298–301, 303f., 306f., 316, 319, 327, 329,
337, 346, 350, 353
- Kahl, Wilhelm 71, 130, 139, 163
- Kantorowicz, Hermann 79, 175, 177f., 196,
231, 344
- Kästner, Erich 29
- Kaufmann, Erich 190, 199
- Kaufmann, Fritz 271
- Keller, Ruprecht von 116
- Kelsen, Hans 190f., 193f., 199
- Kersten, Klaus 61, 70, 130
- Kißener, Michael 12
- Kitzinger, Friedrich 246f., 251, 268
- Knauer, Otto 275
- Koch-Weser, Erich 86f., 133f., 137, 186f.
- Kohlmann, Günter 67
- Kohlrausch, Eduard 247
- Köpke, Gerhard 114f.
- Kramer, Helmut 11
- Kreiser, Walter 8f., 18, 42, 111, 138, 140,
166, 222, **309–337**, 351–354
- Krug, Ludwig 258
- Krüger, Richard 312f., 318, 324f., 331, 334
- Küster, Fritz 18, 27, 29, 102, 124, 133, 136,
144, 166, 180, 266, **269–307**, 314, 316, 324,
329, 333f., 340, 343, 349f., 353
- Laband, Paul 173, 187, 191, 341
- Landsberg, Otto 130
- Lasker-Schüler, Else 29
- Ledebour, Georg 252, 268
- Lehmann-Rußbüldt, Otto 138, 277
- Lembke, Karl Heinz 244, 253
- Lepsius, Johannes 238
- Lepsius, Oliver 199, 342
- Levi, Paul 31, 124, 130f., 137, 166, 275,
277f., 280f., 294, 298
- Liebknecht, Karl 165f., 212
- Liepmann, Moritz 246
- Linz, Carl 258
- Löbe, Paul 101f., 123, 327
- Lorenz, Karl Hermann 24, 158, 166
- Löwenthal, Hans 79, 175, 180f.
- Ludendorff, Erich 25, 92, 217
- Luther, Hans 97, 99, 119, 273, 275, 277, 280,
288, 297, 305
- Luxemburg, Rosa 165f., 212
- Maas, Heiko 2
- Maginot, André 108f.

- Majer, Dietmut 12
 Mann, Thomas 327 f.
 Manning, Chelsea 1
 Maltzsan, Adolf Georg von 112
 Marx, Wilhelm 93 f., 101–103, 105–107,
 122–124, 128, 130, 132, 151, 302
 McDonald, Ramsay 112
 Meister, Andre 1
 Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht 246
 Mengelkoch, Carl 166, 258, 282
 Mentzel, Franz Friedrich 24
 Merkl, Adolf 191
 Mertens, Carl 27 f., 30, 79 f., 113–116, 138,
 144, 319
 Messerschmidt, Manfred 4, 331 f.
 Mittermeier, Wolfgang 246 f.
 Moraht, Hans Ludwig 111 f., 258
 Mühsam, Erich 29
 Müller, Hermann 54, 85 f., 106 f., 121 f., 124,
 130, 133–135, 137, 149, 151, 153, 238
 Müller, Ingo 7

 Naumann, Friedrich 185 f.
 Neubauer, Theodor 120
 Niedner, Alexander 24, 218 f., 246, 303
 Noske, Gustav 75 f., 84–86, 121

 Oden, Rudolf 32, 317, 319
 Oehme, Walter 18, 162, 166, 222, 235,
 254–268, 283, 287 f., 291, 304–306, 309,
 324, 333, 340, 345, 347 f.
 Oeser, Rudolf 257
 Ossitzky, Carl von 3, 6 f., 8–10, 18, 27, 29,
 32, 42, 111, 130, 138, 140, 144, 149, 166,
 172, 222, 228, 302–304, 306, 309–337,
 351–354
 Ossietzky-Palm, Rosalinde 3–8, 309, 331
 Ott, Eugen 33, 292

 Papen, Franz von 109
 Pätsch, Werner 1
 Payot, René 240
 Petersen, Klaus 10
 Pfordten, Theodor von der 253
 Preuß, Hugo 58, 187

 Quidde, Ludwig 27, 94 f., 111–113, 144 f.,
 161, 282 f., 292 f., 296

 Radbruch, Gustav 34, 47, 128 f., 164, 175,
 179 f., 182, 206, 215 f., 246, 250, 252, 297 f.,
 317, 350
 Range, Harald 2
 Rasehorn, Theo 12, 159, 172, 174
 Rathenau, Walther 205–207, 213, 216 f.
 Reichert, Josef Max 24, 166, 254, 282, 292 f.,
 295 f., 298 f., 303 f., 306 f., 350
 Reifner, Udo 12
 Reinhardt, Walter 75, 77, 85–87, 121
 Rheinisch, Johann Friedrich 166, 282
 Richter, Karl Ferdinand 24, 166, 258
 Ritter, Johannes Martin 200
 Ritter von zu Grünstein, Otto 241
 Rosenfeld, Kurt 32, 130, 140, 317, 319
 Röttcher, Fritz 27 f., 30, 79, 113, 115 f., 144,
 321

 Scheidemann, Philipp 54, 57, 101, 116 f., 119,
 123 f., 133 f., 144, 151, 171, 213, 333
 Schleicher, Kurt von 33, 77, 83, 104, 109,
 115, 127, 137, 228, 315
 Schmelz, Hans 2
 Schmitt, Carl 173, 184, 188, 190, 199
 Schoenaich, Paul von 138, 300 f.
 Schroeder, Friedrich-Christian 9
 Schultz, Reinhold 258
 Schücking, Lothar 31, 102, 124, 144, 178,
 275, 277, 281, 294
 Schücking, Walther 93 f., 144, 275
 Schützing, Hermann 93
 Schwab, Otto 143
 Schwotzer, Kurt 332
 Seeckt, Hans von 77, 85–88, 92, 94, 98–100,
 102, 119, 121 f., 126 f., 215, 257, 272, 277,
 280, 305
 Seger, Gerhard 277
 Severing, Carl 90, 257, 261
 Simon, Dieter 11
 Smend, Rudolf 190, 200
 Snowden, Edward 1
 Sontag, Ernst Julius 316
 Stolleis, Michael 11, 190, 193 f., 341
 Stresemann, Gustav 91, 93, 95 f., 99, 102 f.,
 110, 113 f., 118, 123, 127, 134, 163, 280,
 304, 345, 347, 351, 354
 Stücklein, Daniel 109, 125
 Suhr, Elke 8

- Thiemme, Friedrich 238, 243–246, 253
Thoma, Richard 191–193
Tucholsky, Kurt 29, 144, 175, 304
- Wach, Adolf 246
Walser, Robert 29
Wegerdt, Alfred 316, 321, 332
Werner, Karl August 136, 162, 164–166,
232, 276, 280 f., 300–303, 305 f., 315, 334,
337, 350, 353
Wette, Wolfram 11
- Wetzel, Wilhelm 275
Willhöfft, Walter 258
Wilson, Woodrow 50, 52–54, 57, 237
Windisch, Dieter 9, 34
Wunderlich, Johannes 130 f., 200
- Zeiger, Erich 80
Zenker, Hans 102, 104
Zuckermayer, Carl 29
Zweig, Arnold 29, 327

Sachregister

- Amnestien 26, 48, 164, 181, 216, **222–230**, 232 f., 270, 276, 286, 292, 302, 305, 320, 330, 350
- Abbildtheorie 199, 294, 342
- Andere Deutschland, das **28–30**, 79, 109, 144 f., 154, **269–307**, 320
- Auswärtiges Amt 16, 22, 32, 64, 73, 81, 96, **110–118**, 122, 128, 133, 136, 144, 151 f., 156, 167 f., 184, 195, 232, 238, 258, 260–263, 268, 276 f., 280 f., 284, 290–293, 299, 304 f., 314 f., 321 f., 324, 327, 329, 332, 334 f., 337, 343–347, 349, 351 f., 354
- Dawes-Plan 95, 224
- Demokratiekonzeption Reichswehr 79, 131 f., **198–200**, 294, 342
- Denkschrift
- Preisgabe von Staatsgeheimnissen 28, 79 f., 132, 137 f., 141, 145, 154, 175, 262, 272, 277, 286, 304, 310, 326, 343
 - Semler 122, 132, 153, 346
- Deutsche Richterzeitung **173–176**, 181
- Ehrenhaft 46, 222, 233, 298
- Einheit der Rechtsordnung 42, 44, 196, 231, 281, 286, 288, 306, 339, 341
- Emminger'sche Justizreform 26, 34
- Erfüllungspolitik 84, 91, 110, 118, 146, 151, **248–250**, 265, 347 f.
- Fememorde 100, 212, 316
- Geheimnis
- illegales Staatsgeheimnis 39, 41 f., 131 f., 134, 139, 150, 169, 176, 178 f., 196 f., S. 230 f., 340, 344, 353
 - Legaldefinition 69, 139
 - relativer Geheimnisbegriff 39, 41 f., 61 f., 167 f., 176, 183 f., 231, 323, 340, 344 f., 353
- Grenzschutz 13, 44, 53, 55 f., 83, 85 f., **88–91**, 94, 96, 102 f., 106 f., 131, **145–147**, 152 f., 257 f., 261, 305, 346
- Grundrechte/-pflichten 44 f., 58, 142, **184–189**, 203, 231, 287, 341 f.
- Gutachten
- Auswärtiges Amt 22, 32, 81, 110 f., 115, 122, 136, 151 f., 156, 195, 258, 260–263, 277, 280 f., 284, 290–293, 299 f., 305, 314 f., 321 f., 324, 334 f., 337, 343, 351 f., 353
 - Fechenbach-Prozess 243, 246 f., 251, 253, 259, 268
 - Reichsanwaltschaft (Ebermayer) **248–250**, 254, 259, 264 f., 306, 347 f.
 - Reichswehrministerium 22, 32, 78, 80 f., 114, 136, 140 f., 150, 152, 156, 195, 260, 272–276, 300, 305, 314 f., 317, 335, 351, 353
 - Wiederaufnahmeantrag 4, 331 f., 352
- Haushaltsberatungen 105–107, 109, 125, 151, 312 f., 315, 318, 324, 327, 333 f.
- Hitler-Ludendorff-Putsch 25, 217, 224, 251, 253
- Hochverrat 23–27, 35 f., 59 f., 64, 115, 135, 155, 157, 161, 172, 196, 200–202, 211, 213–218, 221–224, 226, 231–233, 256, 280, 285, 316, 319, 339, 353
- IMKK 55, 77, 81, 97, 103, 118, 138, 148, 151, 168, 275 f., 284, 349
- Interpellation SPD 122, 169, 251, 326 f.
- Justiz, die 31, **173–182**, 193, 196, 198, 220, 231, 344
- Kapp-Putsch 77, 84–86, 119, 121, 146, 151, 174, 216, 223 f.
- Kronprinzenaffäre 100, 215

- Landesverteidigung 22, 40, 42 f., 66 f., 69, 123, 132, 141 f., 145, 147, 194, 321–323, 325, 335
- Lex Fechenbach 253
- Lex Groener 137, 139, 330
- Lex Ossietzky 330
- Lex Scheidemann 133 f., 171
- Liga für Menschenrechte 28, 30, 34, 79, 144, 148, 250, 270, 282 f., 310, 317, 327
- Locarno Verträge 96 f., 103, 115, 118, 148, 151, 285 f., 304, 349
- Lohmann-Affäre 104 f., 133, 300, 313, 333
- Luftfahrt 55, 97, 309 f., 312 f., 317 f., 321–325, 327, 333, 335
- Magdeburger Beleidigungsprozess 220
- Menschheit, die 28, 30, 113–115, 136, 144 f., 152, 154, 321, 345
- Methodenstreit 189 f.
- Münchener Räterepublik 204, 223–225
- Nachrichtenklauseel 40, 69–71
- Naturrecht 159 f., 186, 188 f., 194, 280, 286 f., 306, 341
- Netropolitik.org 1
- Normenhierarchie 45, 184, 188, 190, 231
- Notwehr *siehe* Staatsnotwehr
- Oberste Heeresleitung (OHL) 39, 53, 57, 82–84, 100, 160
- Organisation Consul (OC) 100, 119, 212, 216
- Panzerschiff 107, 313
- Pazifismus
- „gesunder“ Pazifismus 113, 144 f., 147, 154, 292 f., 295 f., 307
 - „kranker“ Pazifismus 144 f., 154, 292, 295 f.
 - pazifistische Vereinigungen 28, 30 f., 40, 90, 92, 94, 143–145, 147 f., 282 f., 312, 329
 - Radikal-Pazifisten 28, 30, 79 f., 137 f., 145, 154, 292 f., 296, 310, 326, 343 f., 350, 352
 - vorsätzliche Landesverräter 28, 30, 79 f., 113, 131, **136–140**, 145, 153 f., 262, 292, 295 f., 300, 304, 306 f., 310, 326, 332, 334, 336 f., 343 f., 346, 350, 352
- Phoebus-Affäre *siehe* Lohmann-Affäre
- Pressefreiheit 38, 44 f., 65, 69, 116, 132, 180 f., 185, 188 f., 194, 231, 252, 268, 280, 288, 290, 318, 325, 333, 339, 341
- Preußen *siehe* Grenzschutz
- Protokoll Reichswehrministerium **292–296**, 350
- Radikal-Pazifisten *siehe* Pazifismus
- Rat der Volksbeauftragten 57, 74, 82 f., 104, 161
- Reichswohl 6, 14, 22, 27, 32, 38 f., **42 f.**, 61, 68, 81, 110, 114, 129, 139 f., 151, 169 f., 176, **179–183**, **189–200**, 220, 230, 240, 243 f., 248–250, 252 f., **260–268**, 273, 275, **280–294**, 297, 299, 302, 305 f., 314 f., 321 f., 333, 335, 340, 342–345, 353 f.
- Republikanische Beschwerdestelle 123, 148
- Republikanische Richterbund 12, 31, 79, 159, 165, **173–184**, 193–195, 230 f., 245, 317, 344
- Rheinland 53, 55 f., 91, 95 f., 114, 130, 227 f., 275, 325, 336, 349
- Rote Armee 21, 27, 88, 93, 101, 104, 107, 123, 309, 313, 333
- Ruhrbesetzung 24, 30, 91–95, 97 f., 105, 110, 119, 121, 130, 146 f., 151, 183, 216, 223–225, 259, 265, 267, 294, 305, 348
- Russengranaten-Affäre *siehe* Sowjetgranaten-Affäre
- Scheidemann Rede 101, 116 f., 119, 123 f., 133, 151, 171, 333
- Schwarze Reichswehr 30, 88, 90, 93, 99 f., 119–121, 126, 134, 148, 163 f., 167, 271, 316
- Sowjetgranaten-Affäre 101, 125
- Spiegelaffäre 1 f.
- Staat
- dualer Staatsbegriff 142, 153, 155 f., 175, 182, **189–200**, 230, 267, 342
 - Staatsnotwehr 27 f., 47, 78 f., 89, 131, 141 f., 144 f., 147, 153 f., 188, 260, 285 f., 306, 344
- Strafrechtsreform 14, 17, 40, 45, 47, 64, 70–72, 122, **127–141**, 153, 294, 346
- Transatlantic S.242, 244, 255–258, 261, 266, 268
- Treuepflicht 44, **186–189**, 194, 260, 287, 324 f., 333, 335, 340 f.

- Überzeugungstäter 47, 136, 221 f., 232, 295 f., 306, 326, 336, 346, **350–352**
- Ulmer Reichswehrprozess 219 f., 316, 351
- Versailler Vertrag 2 f., 4, 8, 21 f., 34, 36, 42, **43–45**, 49, **53–56**, 76–78, 81, 83 f., 87 f., 91 f., 95–100, 105, 107 f., 110, 112, 118 f., 121, 127 f., 133 f., 143–147, 151, 154, 163, 181–185, 201, 212, 231, 235, 238, 241 f., 249 f., 255, 259 f., 264 f., 265, 267 f., 271 f., 277–279, 284–288, 291, 293, 296 f., 300, 318, 322, 329, 331, 336, 339, 341, 343, 348, 350, 353
- Verständigungspolitik 97, 110, 113 f., 117, 184, 280, 304, 336, 345, 347, 349, 354
- Völkerrecht 17, 21 f. 36 f., 42–45, **49–59**, 78, 95, 98, 127, 306, 132, 141, 170 f., 182 f., 185, 196, 201, 231, 242, 265, 279, 281, 287 f., 302, 306, 324, 341
- Volksgesicht 18, 25 f., 34, 111, 141, 217, 223, **235–254**, 258, 267 f., 347 f.
- Volkswille **198–200**, 294, 342 f.
- Vorsätzliche Landesverräter *siehe* Pazifismus
- Waffenlager 86, 92, 103, 122 f., 163 f., 178, 212, 242, 248–250, 302
- Wehrverbände 2, 22, 55 f., 83, 85 f., 88–92, 96, 99, 101 f., 106, 119 f., 122 f., 126 f., 146, 148, 163, 213, 242 f., 251–253, 255, 257 f., 261, 312, 316, 348
- Weltbühne, die 10, 28–30, 36, 79, 138, 145, 175, 270, 302–304, **310–337**
- Weserunglück 269–279
- Wiederaufnahmeantrag Ossietzky-Palm 3–8, 331 f.
- Wiener Schule 190–193, 342
- Zeitfreiwillige 85, 88, 90, 94, 97–99, 102, 111, 119, 180, **269–307**, 350
- Zwei-Seelen-Theorie 159, 173, 192, 230, 340
- Zwei-Seiten-Lehre 342, 193